

Tabak-Arbeiter

Nr. 25 / Bremen, den 21. Juni 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatlicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die vierseitige Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franke. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hujung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt H. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Am Domscheide 20780. Gelb- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Postfach 5849 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, u. G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hujung, Bremen. Verbandsauschußvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Weisenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24

Die Eisenbartkur der Reichsregierung

Die Regierung hat sich nunmehr zu einem Programm entschlossen, das zur endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen und der Wirtschaftsankurbelung dienen soll. Wiederum soll die arbeitende Klasse die Opfer in erster Linie tragen. Man bezeichnet die Reformvorschlüsse als Notgesetze, die am 1. Juli d. J. samt und sonders in Kraft treten sollen. Die Reichsregierung rechnet mit einem Defizit von 750 bis 850 Millionen Mark. Dieses Defizit will man durch das Sanierungsprogramm durch sofortige und völlige Deckung beseitigen. In erster Linie sind es die Arbeitslosen- und Krisenunterstützungen, die dieses Loch im Etat herbeigeführt haben. Die Reichsregierung sah ihre Aufgabe darin, die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu sanieren und den Fehlbetrag des Reichshaushalts zu decken. Sie rechnet hierbei im Durchschnitt mit 1,6 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in der Arbeitslosenversicherung und außerdem mit 400 000 Unterstützungsempfängern in der Krisenfürsorge. Die wirkliche Zahl wird wesentlich höher liegen. Daneben will man ein Arbeitsbeschaffungsprogramm seitens der Reichsregierung, der Reichspost und der Reichsbahn verwirklichen, wofür ein Aufwand von rund 2 Milliarden Mark als notwendig erachtet wird. Die fehlenden Mittel will man sich auf folgende Weise beschaffen:

1. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 220 Millionen Mark;
2. Ersparnisreformen an der Arbeitslosenversicherung 115 Millionen Mark;
3. Notopfer der Festbesoldeten in der öffentlichen und der Privatwirtschaft, der Ledigen und der Aufsichtsräte 350 Millionen Mark;
4. Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn 100 Millionen Mark;
5. Umgruppierung der Zahlungstermine für die Zigarettensteuer 50 Millionen Mark.

Der Rest soll gewonnen werden durch Einsparungen im Reichshaushalt. Eine Neubelastung der Produktion tritt durch dieses Arbeitsprogramm so gut wie nicht ein.

Man muß sagen, daß die Reichsregierung an alles mögliche gedacht hat, nur nicht daran, wie die Besitzenden zu der Ueberwindung des Defizits herangezogen werden können. Im einzelnen dürfte zu dem vorstehenden Programm folgendes gesagt werden: Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung macht 1 Prozent des Lohnes und der Gehälter aus. Ab 1. Juli d. J. beträgt der Beitragsatz für die Arbeitslosenversicherung 4½ Prozent. Diesen Beitrag haben die Unternehmer und die der Versicherung unterliegenden Arbeiter und Angestellten gemeinsam zu gleichen Teilen aufzubringen.

An zweiter Stelle stehen die Ersparnismaßnahmen bei der Arbeitslosenversicherung. Diese sollen in erster Linie erreicht werden dadurch, daß die besser bezahlten Arbeiter und Angestellten geringere als die normalen im Gesetz vorgesehenen Unterstühtungen erhalten sollen, wenn nicht 52 Wochenbeiträge geleistet sind. Hierdurch will man vor allem die Saisonarbeiter des Baugewerbes treffen. Es war den Herrschaften schon lange ein Dorn im Auge, daß die Bauarbeiter gemäß ihres Beitragsatzes unterstüht wurden. Durch die jetzt vorgesehene Bestimmung scheiden fast alle Bauarbeiter von der ihnen zustehenden Unterstühtung aus. Sie müssen sich mit wesentlich geringeren Sätzen als bisher zufriedengeben. Das ist eine Maßnahme, die einmütig abgelehnt werden muß. Für die Ledigen ist eine vierzehntägige Wartezeit vorgesehen. Bisher hatten nur die Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr eine längere Wartezeit durch-

zumachen. Man denkt ferner an eine Wiedereinführung der Bedürftigkeitsprüfung und schließlich die Befreiung bestimmter Kreise der Versicherten von der Beitrags- und Versicherungs-pflicht. Hier hat man vor allem die verheirateten Frauen im Auge, insoweit sie nicht als Haupternährer der Familie anzusehen sind. Insgesamt will man durch diese Ersparnisreformen 115 Millionen Mark erübrigen.

Das Notopfer der Festbesoldeten soll 300 Millionen Mark erbringen. Man denkt an eine Belastung in Höhe von 4 Prozent des Einkommens. Gemeint sind die Festbesoldeten in der öffentlichen und Privatwirtschaft. Man begründet es damit, daß diese ein gesichertes Einkommen haben, in ihrer Existenz nicht bedroht und von jeder Leistung zur Sozialversicherung befreit sind. Es ist bedauerlich, daß hierbei nicht eine Grenze nach unten festgesetzt wurde. Der kleine Beamte soll genau so herangezogen werden wie der mittlere und der höhere. Dieser Teil des Sanierungsprogramms wird im Reichstag eine starke Gegnerenschaft finden.

Daneben sollen noch die Ledigen und die Aufsichtsräte zu einem besonderen Opfer herangezogen werden. Mit Hilfe eines Zuschlages zur Einkommensteuer für die Ledigen will man 45 Mark aufbringen. Sehr zu begrüßen ist, daß die Aufsichtsräte zum Notopfer herangezogen wurden. Unter dieser Schicht gibt es Schwerverdiener, die teilweise Riesengelder für einen verhältnismäßig geringen Aufwand von Arbeitsleistung einstecken. Wenn man sich also grundsätzlich mit der stärkeren Heranziehung der Aufsichtsräte zum Notopfer einverstanden erklären kann, so vermißt man aber eine stärkere Belastung der Direktoren. Hier wäre eine Steuerquelle, die außerordentlich reich fließen würde, wenn sie angebohrt wird. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in der Industrie, im Handel und im Verkehr Direktorengehälter gezahlt werden, die außerordentlich hoch sind und in ähnlicher Höhe in der Vorkriegszeit nicht vorhanden waren. Hätte man eine vorsichtig gestaffelte Einkommensteuererhöhung vorgenommen, dann hätte man mehr erreicht als durch die Sonderbesteuerung der Festbesoldeten und der Ledigen. Ueber den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn ist nicht viel zu sagen. Ganz entschieden muß aber gegen die Pläne vorgegangen werden, die man zur Reform der Krankenversicherung im Auge hat. Schon lange wurden hier entscheidende Maßnahmen in Aussicht gestellt. Man will bei der Krankenversicherung 100—150 Millionen einsparen. Dies soll geschehen durch Milderung im Arzneiwesen. Es soll also in Zukunft nicht genügen, das Rezept des Arztes bei dem Apotheker abzugeben und die Zahlung der Krankenkasse zu überlassen, sondern der Patient soll einen Satz — man spricht von 25 Prozent — selbst zahlen. Die weitere einschneidende Maßnahme ist die Verlängerung der Karenzzeit. Durch die Reform der Krankenversicherung hofft man eine Beitragsermäßigung von durchschnittlich 6⁰/₁₀ auf 5⁰/₁₀ des Grundlohnes durchzuführen zu können. Dadurch soll der erhöhte Beitrag zur Arbeitslosenversicherung etwas ausgeglichen werden. Die Reichsregierung folgt hier den Vorschlägen, die die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände kürzlich in ihrer Denkschrift gemacht hat. Daß der Angriff auf die Krankenversicherung eine stark reaktionäre Maßnahme darstellt, braucht hier nicht dargelegt zu werden.

Ueberschaut man das Sanierungsprogramm der Regierung, so können die einzelnen Bestimmungen eine außerordentliche Wirkung nach sich ziehen. Am meisten belastet wird naturgemäß die große Masse der Arbeiter und Angestellten. Schon immer war diese Schicht der große Packesel, auf den man alles abzu-

raden glaubte. Es hat noch nie eine Zeit gegeben, wo die arbeitende Klasse so stark unter der Wirtschaftskrise zu leiden und so empfindliche Lasten zu tragen hatte wie gegenwärtig. Und wenn man einmal glaubt, es sei nunmehr des graufamen Spiels genug, dann werden wieder neue Pläne ausgeheckt, die wiederum die schwächsten Schultern treffen. Durch die höheren Lasten für die Arbeitslosenversicherung und sonstige Belastungen, das Notopfer der Festbeholdeten usw., tritt eine gewaltige Verringerung der Kaufkraft derjenigen ein, die fast ihr gesamtes Einkommen wiederum durch Warenankauf in den Wirtschaftskreislauf zurückgeben. Man scheint sich keinen Begriff davon zu machen, wie angesichts dieser Zustände die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Die Preisenkung der Produktion und des Handels müßten außerordentlich hoch sein, wenn dieses Manko in der Verringerung der Kaufkraft wieder ausgeglichen werden soll. Es wird hierüber noch sehr viel zu sagen sein.

Nennt man zu alledem noch die Pläne zur Herabsetzung der Löhne und Gehälter, die insbesondere von den Unternehmern verfolgt werden, so hat man einen Angriff auf den Sozialstandard der arbeitenden Schichten, wie er noch niemals in solcher Härte zu verzeichnen war. Die Gewerkschaften werden nicht umhin können, aus ihrer Reserve hervorzutreten und einmal laut und deutlich zu sagen, daß so die Dinge unmöglich weitergehen können. Es gibt in Deutschland Leute genug, die mühselos zur Linderung der Massennot beitragen können. Der reaktionäre Einschlag bei der Reichsregierung verhindert hier durchgreifende Maßnahmen. Ein Hundstott ist der, der sich bei den kommenden Kämpfen seitwärts in die Büsche schlägt und nicht seine ganze Person dafür einsetzt, diese Pläne zuchanden zu machen.

Die Entvölkerung der Industriehallen

Man rechnet nach PS und vergißt den Menschen

Die Rationalisierung hat im Bunde mit der technischen Entwicklung die Produktionsgrundlagen grundsätzlich verändert. Teilweise merken wir selbst nicht einmal, in welchem Umfange dies geschah. Die hohe Arbeitslosenziffer ist aber in erheblicher Weise auf die in den Betrieben vorgegangene Revolution zurückzuführen. Die praktischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, zeigen sich immer mehr und mehr. Die bürgerliche Welt bestaunt nur die technischen Wunderwerke und will die Schäden der Rationalisierung nicht sehen. Da ist es erfreulich, wenn bürgerliche Schriftsteller das Wesentlichste der Entwicklung deutlich erkennen. Der Chefredakteur des Handelsblattes der „Vossischen Zeitung“ hatte an einer Fahrt durch das Ruhrgebiet teilgenommen und berichtet darüber in der Nummer vom 8. Juni d. J. Wir greifen einige Stellen aus dem aufschlußreichen Artikel heraus:

Die Formel des Jahrmarktsausrufers: „Alles dreht sich, alles bewegt sich, alles Mechanik!“ hat einen neuen, verhängnisvollen Sinn bekommen. Der Kopf hat die Hand verdrängt, der eine Kopf tausend Hände. Das Rätsel des Perpetuum mobile, die Sehnsucht der alten Techniker, scheint praktisch gelöst zu sein. Was bedeutet es noch, daß an den Schaltstellen und Meßinstrumenten ein Arbeiter steht, daß an den Maschinen jemand Obacht gibt, daß ein Heizer die Ofenreihen entlang läuft? Arbeit und Produktion stehen an vielen Orten offenkundig nur noch in einem imaginären Verhältnis. Der Anteil der Menschenkräfte an der Gütererzeugung nimmt rapide ab. Der Konsum kann nicht nachkommen und nicht aufholen, was durch den Fortschritt der Technik eingesparrt wird ...

Man kann von Werk zu Werk wandern: überall dieselbe Leere. Maschinen „Pferdekkräfte“, aber keine Menschen. Man rechnet nach PS, nicht nach der Zahl der Beschäftigten. Die Technik hat die Industrie entvölkert. Die Rationalisierung der letzten Jahre hat den unaufhaltbaren Prozeß beschleunigt, nun stehen wir an einem Wendepunkt. Die Elektrizität hat die gleiche Situation geschaffen wie vor hundert Jahren die Dampfmaschine. Die Arbeiter sind freigesetzt; sie warten in ihren Wohnungen, drängen sich vor den Arbeitsnachweisen, aber finden kein Unterkommen. Gewiß wird auch das nur ein Uebergangsstadium sein. Die Produktionsmöglichkeiten werden allmählich durch wachsenden Bedarf absorbiert, oder aber die Arbeitszeit muß durch Verkürzung den neuen Produktionsmethoden angepaßt werden. Der Sieben- und Sechsstundentag, die Fünftagewoche, die uns heute noch wie die Chimäre überspannter Ford-Propheten anmutet, wird kommen. Tatsächlich ist sie heute schon da in der Form unfreiwilliger Feierlichkeiten und völliger Arbeitslosigkeit. Aus diesem tödenden Nichtstun eine neue Arbeitsordnung zu machen, ist die Zukunftsaufgabe der wirtschaftlichen Organisatoren. Die Techniker haben das ihre getan, haben mehr geleistet als für den Augenblick gut ist. Die Wirtschaftler sind an der Reihe.

Es ist interessant, daß ein Redakteur einer demokratischen Zeitung die Konsequenzen aus der eingetretenen Entwicklung zieht. Die Technik hat in der Tat die Industrie entvölkert.

Früher fleißig tätige Menschen drängen sich heute untätig vor den Arbeitsnachweisen. Der Sieben- und Sechstundentag wird und muß kommen, so schlussfolgert der bürgerliche Artikel-schreiber. Das ist auch unsere Meinung, und wir sollten mit allen Mitteln bestrebt sein, dieses Ziel recht bald zu erreichen.

Ausgewanderte Milliarden

In Deutschland herrscht sehr große Kapitalnot. Alle möglichen Mittel werden versucht, um Geld aus dem Auslande heranzuziehen. Doch bis jetzt hat dies nur wenig genügt. Wohl fließt Auslandsgeld wieder verstärkt herein, aber diese Summen genügen nicht, um wichtige Wirtschaftszweige zur Entfaltung zu bringen. Angesichts dessen wirkt es wie ein Hohn, wenn der Reichsarbeitsminister anlässlich der Rundgebung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände davon Mitteilung machte, daß das im Ausland angelegte deutsche Kapital auf 6 bis 8 Milliarden zu schätzen ist. Man halte sich einmal vor Augen, welcher lebender Einfluß auf die deutsche Wirtschaft zu spüren wäre, wenn die deutschen Prozentpatrioten ihr Geld nicht ins Ausland geschafft hätten. Der Grund hierfür liegt klar zutage. In Deutschland sind die Steuern höher als in dem neutralen Ausland. Es geht mit dem Geld so ähnlich wie mit dem Fremdenbesuch, man sucht es durch allerhand günstige Manipulationen heranzuziehen. Und da das Ausland, namentlich Holland, Luxemburg und die Schweiz dem Kapital günstigere Bedingungen bieten, deshalb fließt es dahin, wo weniger Belastungen zu befürchten sind. Es muß aber für alle Zeit angeprangert werden, daß deutsche Kapitalisten gerade in der schwierigsten Zeit ihr Vaterland im Stich gelassen haben und mit dazu beitragen, die Wirtschaft hierzulande in Unordnung zu bringen. Die Arbeiterschaft jedenfalls wird sich das merken. Die deutsche Regierung wird mit ihren Maßnahmen, die ausgewanderten Milliarden zurückzuholen, nur wenig Glück haben.

Der weibliche Anteil am Volkseinkommen

Die Frauenarbeit ist eine weit verbreitete Erscheinung geworden. Von 21 Millionen Arbeitern und Angestellten entfallen auf das weibliche Geschlecht 29 v. H. Nimmt man die Gesamtheit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, so machen die Frauen ungefähr ein Viertel aller Beschäftigten aus. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt rund 46 Milliarden. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte beläuft sich aber nur auf 8,6 Milliarden oder auf 18 v. H. Wenn also die Frauen den vierten Teil sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger stellen, so beträgt ihr Anteil an den Gesamteinnahmen noch nicht einmal ein Fünftel. Das Gesamteinkommen der weiblichen Angestellten, deren Zahl rund 1,2 Millionen beträgt, wird auf 1,7 Milliarden geschätzt. Das ergibt je Kopf ein Einkommen von 1417 Mark jährlich oder 118 M im Durchschnitt je Monat. Man sieht hieraus, wie verhältnismäßig niedrig die weiblichen Angestellten entlohnt werden. Das Problem Männer- und Frauenlöhne ist schon des öfteren behandelt worden. Allgemein geht die Ansicht dahin, daß die Frauenarbeit geringer zu entlohnen sei als die gleiche Leistung der Männer. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gewährt werden muß. Sie haben sich in dieser Beziehung bisher nur zum Teil durchsetzen können. Der Fluch von der Minderwertigkeit der Frau als Arbeitskraft ist noch viel zu verwurzelt, als daß hier so rasch eine Aenderung eintreten könnte. Gewiß ist das richtig, daß ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen den jüngeren Altersstufen angehört. Dadurch wird aber der große Unterschied zwischen dem Einkommen der Männer und der Frauen nicht erklärt. Erklärlicher Weise ist der Minderdienst der Frau dadurch, daß der Prozentfuß der gewerkschaftlich organisierten unter den Frauen wesentlich geringer ist als bei ihren männlichen Kollegen. Selbst im Zeitalter der Zwangstarifverträge ist es den Gewerkschaften unmöglich, das Wünschenswerte für die Frauen zu erreichen, wenn der größte Teil derselben jeder gewerkschaftlichen Aktivität abhold ist. Wenn es in dieser Beziehung einmal anders wird, wird auch mehr für die Frauen getan werden können. Das müssen die weiblichen Arbeiter und Angestellten in Rechnung stellen.

**Kolleginnen und Kollegen
werbt unermüdet für den Verband!**



Tabakgewerbe



Die Beschäftigungsmöglichkeit im Mai

Von der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband allmonatlich zur Feststellung der Lage des Arbeitsmarktes vornimmt, wurden Ende Mai 69 971 (15 310 männliche und 54 661 weibliche) Mitglieder erfasst.

Von ihnen konnten nur 39 558 (8243 männliche und 31 315 weibliche) ihre 48stündige Wochenarbeitszeit voll ausnutzen, während 2265 (507 männliche und 1758 weibliche) diese Arbeitszeit überschritten, und zwar um

	Männliche	Weibliche	Insgesamt
1—3 Stunden	255	351	606
4—6 Stunden	91	1214	1305
und mehr als 6 Stunden	161	193	354
Zusammen	507	1758	2265

Auf der anderen Seite standen 13 615 (3433 männliche und 10 182 weibliche) Arbeitslose sowie 14 533 (3127 männliche und 11 406 weibliche) Kurzarbeiter. Verkürzen mußten ihre Arbeitszeit von 48 Stunden in der Woche

	Männliche	Weibliche	Insgesamt
um 1—8 Stunden	999	3 741	4 740
um 9—16 Stunden	1 082	3 689	4 771
um 17—24 Stunden	894	3 562	4 456
um 25 und mehr Stunden	152	414	566
Zusammen	3 127	11 406	14 533

In Verhältniszahlen ausgedrückt waren demnach von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Ueberarbeiter
im April	20,25	22,14	54,80	2,81
im Mai	19,46	20,77	56,53	3,24

Der Ueberblick allgemeiner Art lassen wir nunmehr eine Zusammenstellung über die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Branchen der Tabakindustrie folgen. Von den Ende Mai statistisch erfaßten Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes waren

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Ueberarbeiter	auf
Zigarrenbranche	9 718	13 886	24 432	1 085	48 616
Zigarettenbranche	3 894	214	12 136	990	16 734
Rautabakbranche	56	734	1 350	—	2 140
Rauch- und Schnupftabakbranche	452	199	1 640	190	2 481
Insgesamt	13 615	14 533	39 558	2 265	69 971

Um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, lassen wir dann noch die Verhältniszahlen vom Ende der Monate April und Mai folgen.

Von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern waren

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Vollarbeiter		Ueberarbeiter	
	April	Mai	April	Mai	April	Mai	April	Mai
Zigarrenbranche	19,95	19,98	29,70	27,53	48,07	50,26	2,28	2,23
Zigarettenbranche	24,38	20,28	1,82	1,28	70,27	72,52	3,53	5,92
Rautabakbranche	3,28	2,62	33,67	34,30	63,10	63,08	—	—
Rauch- u. Schnupftabakbranche	13,21	18,22	3,59	8,02	73,09	66,10	10,11	7,66

Die Lage in der Tabakindustrie ist nach wie vor als sehr schlecht zu bezeichnen, wenn auch gegen den Vormonat eine kleine Verbesserung eingetreten ist.

In der Zigarren- und Zigarettenindustrie ist gegen den Vormonat ein kleiner Aufstiege zu verzeichnen. In der Rautabakbranche hat sich das Verhältnis nicht geändert. Dahingegen ist in der Rauch- und Schnupftabakbranche eine wesentliche Verschlechterung eingetreten. Ende April hatten wir in dieser Branche einen sprunghaften Aufstiege zu verzeichnen, den wir auf die Vorversorgung infolge der am 1. Mai 1930 eintretenden Steuererhöhung zurückführten. Wie recht wir mit dieser Behauptung hatten, beweist der in diesem Monat erfolgte starke Rückschlag.

Allgemein verbindlich erklärt

hat der Reichsarbeitsminister die am 15. April 1930 abgeschlossene Vereinbarung über Resca-Zigarren und -Zigarillos.*

Entscheidung:

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages:

- auf Arbeitgeberseite: Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller e. V.
- auf Arbeitnehmerseite: Deutscher Tabakarbeiter-Verband; Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands.

II. Tag des Abschlusses: 15. April 1930, Vereinbarung über Resca-Zigarren und -Zigarillos.

1. Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Reichstarifvertrag vom 1. Dezember 1927.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gewerbliche Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarrenherstellung.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit:

Gebiet des Deutschen Reiches.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit:

1. Juni 1930.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem 1. Nachtrag zum Reichstarifvertrag.

* Zigarren, die mit zwei verschiedenen Sorten Deckblatt berollt werden.

Der Aufstieg der sozialen Baubetriebe

Die Verhältnisse im Baugewerbe sind nicht günstig. Auch das Jahr 1929 zählte keineswegs zu den guten Baujahren. Unter solchen Verhältnissen haben naturgemäß auch die im Verband sozialer Baubetriebe vereinigten Unternehmungen zu leiden. Desto mehr ist es erfreulich, daß der Verband sozialer Baubetriebe von einer sehr guten Entwicklung berichten kann. Der Geschäftsführer, Genosse Ellinger, machte kürzlich in einer Aufsichtsratsitzung hierüber Mitteilung. Wir entnehmen diesen Angaben das Folgende: Die Zahl der durchschnittlich Beschäftigten der dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossenen Unternehmungen betrug im Jahre 1929: 18 524 gegen 17 961 im Jahre 1928. Die Höchstzahl der Beschäftigten betrug 29 242 bzw. 26 896. Der Gesamtumsatz stieg von 120,6 auf 137,2 Millionen. An produktiven Löhnen wurden bezahlt 46,6 Millionen Mark gegen 42,2 Millionen Mark im Jahre zuvor. Bei der Beurteilung dieser günstigen Entwicklungszahlen muß berücksichtigt werden, daß infolge des starken Frostes das Baugewerbe fast vier Monate hindurch an ausreichender Tätigkeit behindert war. Das Stammkapital der sozialen Baubetriebe stieg von 4,8 auf 5,8 Millionen Mark. Die bilanzmäßigen Reserven erhöhten sich von 1,7 auf 2,3 Millionen Mark. Nicht weniger als 108 Betriebe konnten mit Gewinn arbeiten. Die bilanzmäßig ausgewiesenen Gewinne erhöhten sich von 1,3 auf 1,7 Millionen Mark. Die Gesamtverluste der mit Verlust arbeitenden Betriebe verminderten sich von 707 000 auf 457 000 M.

Die sozialen Baubetriebe können mit dieser Entwicklung durchaus zufrieden sein. Die Gemeinwirtschaft im Baugewerbe hat jedenfalls ihr Existenzrecht bewiesen. In einer Industrie, wo das Kleinkrautertum überwiegt, ist es schwer, Großbetriebe auf der Grundlage der Gemeinwirtschaft durchzuhalten. Die sozialen Baubetriebe wurden von den Gewerkschaften unterstützt und von ihnen gefördert. Deshalb kann sich die gesamte Gewerkschaftsbewegung über die günstige Entwicklung der sozialen Baubetriebe freuen.

Deutschland ist der zweitgrößte Elektrizitätserzeuger

Nach Meinung der Techniker sollen wir erst am Beginn des elektrischen Zeitalters stehen. Die Elektrizität entwickelt in der Tat immer neue Bedürfnisse und erweitert die menschliche Kultur. Die Elektrizitätserzeugung der Welt wird gegenwärtig auf 300 Milliarden Kilowattstunden jährlich geschätzt. An der Spitze stehen die Vereinigten Staaten mit 125 Milliarden Kilowattstunden bzw. 41 Prozent der Welterzeugung. Dann folgt Deutschland mit 34 Milliarden Kilowattstunden bzw. 11 Prozent der Weltproduktion. In weiterer Reihenfolge seien genannt: Kanada mit 18 Milliarden Kilowattstunden, Großbritannien und Frankreich mit je 16 Milliarden Kilowattstunden usw. Man rechnet pro Jahr mit einer durchschnittlich 10prozentigen Steigerung der elektrischen Krafterzeugung. Hält dieser Entwicklungsgang an, dann werden wir 1940 mit der phantastisch hoch erscheinenden Ziffer von 90 bis 100 Milliarden Kilowattstunden zu rechnen haben.

Dann erst — — —!

Dann erst, wenn von Land zu Land
alle Grenzen sind verschwunden,
die ein finsterner Geist erfand,
dann erst wird die Welt gesunden, —
dann ist alles Leid gebannt.

Dann erst ist vorbei die Not,
und kein Mensch wird mehr geknechtet.
Keiner schlägt den andern tot,
dann erst, wenn der Haß geächtet,
dann erst gibt's für alle Brot.

Dann erst, wenn der Haß entwich,
der uns noch im Bann gehalten,
dann erst kann zur Blüte sich
freies Menschentum entfalten,
dann erst, wenn der Haß entwich.

Dann erst, wenn die Tyrannei
wird bekämpft und überwunden,
dann ist alle Not vorbei,
dann erst wird die Welt gesunden,
dann sind alle Menschen frei.

Der heilige Geist der Liebe

Das ist der Liebe heiliger Geist
der uns im Herzen brennt,
der uns aus allem Stumpfsinn reizt,
der uns den Weg zur Höhe weist
und alle Menschen Brüder nennt.

Das ist der Liebe heiliger Geist, —
er kennt nicht arm noch reich, —
der alles, was da hungert, speist,
ein Vater allen, die verwaist, —
bei ihm sind alle Menschen gleich.

Das ist der Liebe heiliger Geist, —
buhlt nicht um Ehr und Ruhm, —
der uns zu tun das Gute heißt,
und der allein den Weg uns weist
zum wahren, reinen Menschentum.

Gewerkschaft!

Gewerkschaft, du bist das Band,
das uns Schaffende alle umschlingt,
Gewerkschaft, du bist das Land,
wo Lohn unsrer Arbeit uns winkt.

Gewerkschaft, du bist das Korn,
das aus unsrer Saat für uns spricht,
Gewerkschaft, du bist der Born,
aus dem neue Kraft für uns fließt.

Gewerkschaft, du bist unsre Wehr
gegen des Mammons Macht,
Gewerkschaft, du bist unser Heer,
erprobt in mancher Schlacht.

Gewerkschaft, du führst uns empor
zum Gipfel der Menschlichkeit,
Gewerkschaft, du bist das Tor
zu einer neuen Zeit.

Fritz Bolecke (Bad Pyrmont-Sagen).

Literarisches

„Die weiblichen Angestellten“, von Susanne Suhr. (Eine Umfrage des Zentralverbandes der Angestellten über die Arbeits- und Lebensverhältnisse.) 48 Seiten, brosch. Buchhandelspreis 1,40 M pro Stück. — Die Broschüre enthält die Ergebnisse einer Umfrage, die der Zentralverband der Angestellten unter 6000 weiblichen Angestellten unternommen hat, um ein genaues Bild von den tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen dieser so wichtigen Gruppe der berufstätigen Frau zu gewinnen. An Bedeutung wie an Zahl außergewöhnlich rasch angewachsen, hat sich die weibliche Angestelltenschaft zu einer typischen Berufsschicht der Frauennarbeit entwickelt, ja die weibliche Angestellte ist heute, vor allem in den Städten, zum Typus der modernen berufstätigen Frau geworden. Aber trotzdem die Wirtschaft die Erwerbsarbeit der Frau nicht mehr entbehren kann, bewertet und bezahlt sie die weibliche Leistung noch immer erheblich geringer als die männliche, so daß die berufstätige Frau unter das Existenzminimum des Mannes gedrückt wird. Wie lebt unter diesen Verhältnissen heute die erwerbstätige Frau? Zu dieser im Augenblick der ungeheuren Arbeitslosigkeit so wichtigen Frage gibt die Broschüre einen sehr wertvollen und dankenswerten Einblick. An Hand reichen statistischen Materials, illustriert durch zahlreiche Einzelbeispiele, werden Arbeitszeit und Einkommen, Schulzeit und Berufsausbildung, Stellung und Beruf und darauf aufbauend die Lebensverhältnisse untersucht, so daß ein unmittelbares lebendiges Bild von der Lage dieser namenlosen „Heldinnen des Alltags“ entsteht, das gerade durch die Knappheit und Pathoslosigkeit des Berichts oft erschütternd wirkt. Die Broschüre ist mehr als ein interessanter soziologischer Ausschnitt, mehr als ein Beitrag zur Kenntnis der Welt der Schreibmaschinen und der Ladentische, mehr als eine Erläuterung des Problems der berufstätigen Frau; sie ist ein Hinweis und ein Aufruf.

Bekanntmachungen

Am 21. Juni ist der 25. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

6. Juni. Cronau 50.—, Heidenheim 300.—.
7. Altenburg 400.—, Gailingen 56.55, Lauffen 100.—, Leipzig 500.—, Vörsch 150.—, Mainz 100.—, Wanjen 200.—.
10. Altlußheim 400.—, Frankfurt a. M. 130.—, Hohenheim 500.—, Treffurt 1000.—, Untergruppenbach 50.—.
11. Danzig 124.—, Neuhütten 150.—, Freiberg 1000.—, Dresden 3000.—, Braunsberg 150.—, Norderan 100.—, Tairnbach 100.—.
12. Gießen 400.—, Bad Essen 54.60, Geringswalde 100.—, Pyrmont 356.30.
13. Dresden 1000.—.
14. Bremen 700.—, Hann.-Münden 1000.—.
15. Trier 239.30.

Bremen, den 17. Juni 1930.

J. Krohn.

Gummiwaren
Hygien Artikel. Preis
T 2 gratis. „Medicus“
Berlin SW 68, Allee
Jacobstraße 8

Unserm Gauleiter, Kollegen

Wilhelm Müller

zu seinem 25jährigen Verbands-
jubiläum am 18. Juni die herz-
lichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Frankfurt a. M.

Gebt ausgelebene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an
unorganisierte Kollegen und
Kolleginnen weiter!

Unseren lieben Kolleginnen und
langjährigen Hilfskassiererinnen

**Anna Schneider u.
Berta Hildebrand**

zu ihrem 25jährigen Verbands-
jubiläum die herzlichsten
Glückwünsche.

Die Mitglieder der
Zahlstelle Ohlau



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M, Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Die Verbands-Invaliden-Unterstützung

Als der Münchener Verbandstag sich sehr eingehend mit der Einführung der Invaliden- und Altersunterstützung beschäftigte, traten auch hier die Meinungsverschiedenheiten zum Teil sehr stark in Erscheinung. Eine Reihe von Verwaltungs- bzw. Zahlstellen lehnte die Einführung der Invaliden- (Alters-) Unterstützung ab. Kollege Deichmann war es, der daran erinnerte, daß seinerzeit bei der Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung vor 25 Jahren sich auch sehr viele Kollegen dagegen wandten, weil sie glaubten, daß dadurch der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften beeinträchtigt würde. Die Praxis aber habe gezeigt, daß diese Kollegen unrecht hatten, denn die Schlagkraft der Gewerkschaften sei nicht erschüttert worden.

Obwohl man heute noch kein abschließendes Urteil über den neuesten Unterstützungszweig, die Invalidenunterstützung, fällen kann, kann man aber heute schon feststellen, daß auch diesmal die Kollegen, die Gegner der Einführung der Invalidenunterstützung sind, hierbei unrecht erhalten werden. Das übergroße Interesse der Mitglieder an der Verbandsinvalidenunterstützung beweist es schon zur Genüge, daß diese Unterstützungseinrichtung bejaht wird. Ja, viele Stimmen werden schon laut, daß die Invalidenunterstützung noch viel weiter ausgebaut werden müsse.

Bevor ich nun im folgenden einen Ueberblick über den jetzigen Stand unserer Invalidenunterstützung gebe, möchte ich darauf hinweisen, daß laut eines Beschlusses des Vorstandes, Ausschusses und Verbandsbeirates, zwischen Invaliden- und Altersunterstützung kein Unterschied mehr besteht. Während vordem an Altersrente beziehende Mitglieder erst nach Leistung von 1300 Hauptkassenbeiträgen die Unterstützung gewährt wurde, heißt es jetzt nach § 11 Absatz 4 unseres Verbandsstatuts, daß die Invalidenunterstützung an invalide und an alte Mitglieder, soweit sie das 65. Lebensjahr vollendet haben, nach Leistung von 780 Hauptkassenbeiträgen gewährt wird. Die Änderung wurde vorgenommen, weil es den Begriff „Altersrente“ auch in der Reichsversicherungsordnung nicht mehr gibt.

Nach dem Stand vom 1. Juni 1930 wird jetzt an insgesamt 920 Verbandsmitglieder die Invalidenunterstützung gezahlt, wovon 296 Mitglieder = 32,2 Prozent weibliche und 624 Mitglieder = 67,8 Prozent männliche sind. Von diesen 920 Invalidenmitgliedern sind 285 = 31 Prozent unter 65 Jahre und

635 Mitglieder = 69 Prozent über 65 Jahre alt. Auf die einzelnen Gaue verteilen sich die 920 Invalidenmitglieder wie folgt:

- Gau Hamburg 357 Mitglieder = 38,8 Prozent
- Gau Nordhausen 64 Mitglieder = 7 Prozent
- Gau Herford 94 Mitglieder = 10,2 Prozent
- Gau Frankfurt a. M. 57 Mitglieder = 6,2 Prozent
- Gau Offenburg 8 Mitglieder = 0,8 Prozent
- Gau Heidelberg 20 Mitglieder = 2,2 Prozent
- Gau Dresden 183 Mitglieder = 19,9 Prozent
- Gau Breslau 62 Mitglieder = 6,7 Prozent
- Gau Berlin 80 Mitglieder = 8,7 Prozent

Gau Hamburg hat also mit 38,8 Prozent die meisten Invalidenmitglieder. Es folgen Gau Dresden mit 19,9 Prozent, Gau Herford mit 10,2 Prozent, Gau Berlin mit 8,7 Prozent usw. Die hohe Zahl der Invaliden im Gau Hamburg ist besonders auf die vielen alten und treuen Mitglieder in den Zahlstellen Hamburg, Bremen und Verden, die zum weitaus größten Teil auch Zigarrenmacher sind, zurückzuführen. Von diesen Kollegen können viele auf eine 30–40jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Sehr wertvoll ist nun aber zu wissen, nach welchen Beitragsklassen für die 920 Mitglieder die monatliche Invalidenunterstützung festgesetzt wurde. Die Unterstützung erhalten nach einem Hauptkassenbeitrag von 35 § 772 Mitglieder = 83,9 Prozent, nach einem Hauptkassenbeitrag von 50 § 100 Mitglieder = 10,9 Prozent, nach einem Hauptkassenbeitrag von 65 § 42 Mitglieder = 4,6 Prozent und nach einem Hauptkassenbeitrag von 85 § 6 Mitglieder = 0,6 Prozent. Keinesfalls darf aber nun angenommen werden, daß diese 772 Mitglieder, welche nach einem Hauptkassenbeitrag von 35 § ihre Unterstützung erhalten, nur immer in dieser niedrigsten Beitragsklasse ihre Beiträge gezahlt hätten. Das trifft nur bedingt zu. Hier sprechen nun auch andere Momente mit und sind meistens auch ausschlaggebend, u. a. die Berechnung der Unterstützung. Obwohl hierüber speziell in Nr. 2 der „Vertrauensperson“ ausführlich schon geschrieben wurde, wie die Berechnung der Unterstützung vom Verbandsvorstand vorgenommen wird, halte ich es für angebracht, auch an dieser Stelle noch einmal die Berechnung kurz zu erläutern. Hierüber scheinen noch mancherlei Unklarheiten zu bestehen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind noch immer der Meinung, daß die Unterstützung nach ihrem zuletzt geleisteten Verbands-

Harald Lang's Auferstehn

Erzählung von Anna Mosegaard

XII

Ein paar Jahre sind vergangen. Harald war nun fünfundzwanzig Jahre alt geworden. So alt war Harald Lang gewesen, als der Tod ihn abrief. Harald glich jetzt dem Verstorbenen so sehr, daß man hätte sein Vater neben ihm gestanden, man sie für Brüder gehalten hätte.

Harald war kürzlich von einer Komreise zurückgekehrt. Stöße von Briefen lagen für ihn da. Anträge für die Passionszeit — Harald besprach gerne alles mit seiner Mutter. In Gedanken versunken saß sie am Erkerfenster. Ganz gegen ihre Gewohnheit ruhten ihre Hände müßig im Schoße. Harald setzte sich zu ihr. „Warum bist du traurig, liebe Mutter?“

„Ich bin nicht traurig, mein Junge, nur etwas nachdenklich. Harald, ich möchte verreisen!“

„Willst du mich begleiten, Mutter? Ich würde mich sehr freuen. Ich wollte gerade mit dir besprechen, welches Angebot ich zuerst annehmen sollte.“

„Das zu bestimmen überlasse ich dir, Harald. Aber vielleicht könnten wir uns unterwegs treffen!“

„Mutter, willst du mir nicht sagen, ob du einen besonderen Wunsch hast? Dann könnte ich meine Reise danach einrichten.“

„Ja, Harald, das will ich dir gerne sagen. Ich sehne mich sehr nach dem Harz, nach dem Grabe meines lieben Vaters.“

„Mutter, das hättest du längst tun sollen — ich habe darauf gewartet!“

„Du, Harald, hast darauf gewartet?“

„Ja, findest du das so merkwürdig?“

„Nein, mein Junge, du hast ganz recht, ich hätte es längst tun sollen. Jetzt will ich aber auch nicht länger warten. Es ist mir immer, als rief jemand von dort unten.“

„Dann mußt du dem Rufe folgen, Mutter!“

„Es könnte ja sein, daß deine Großmutter noch am Leben sei, daß ich ihr vielleicht irgendwie helfen könnte.“

„Meine Großmutter? Hast du sie lieb gehabt?“

„Ja, sehr, denn sie liebte deinen Vater über alles. Nach ihrem Wunsche und Willen wäre alles ganz anders gekommen. — Harald, ich muß dir ein Geständnis offenbaren — deine Großmutter weiß nichts von deiner Existenz.“

„Dann reisen wir noch heute, Mutter, es könnte sonst zu spät sein! Auch ich sehne mich nach dem Grabe meines Vaters.“

„So willst du mich begleiten, Harald!“

„Ich habe ein Angebot von Goslar, der alten Kaiserstadt, und hatte schon daran gedacht, es anzunehmen. Ich muß sagen, ich freue mich jetzt sehr auf diese Reise.“

„Das trifft sich ja gut, Harald, ich werde sofort meine Vorbereitungen treffen, aber vor morgen früh kommen wir nicht fort.“

— — — — —
Noch bedeckte wässriger, schmutziger Schnee die Straßen, als Ragnhild in S. ankam. Sie war allein. Harald sang in Goslar und wollte nachkommen. Im Gasthof „Zum Hirschen“ hatte sie sich eingemietet. Niemand kannte sie hier. Und das war gut so.

Ihr erster Gang war nach dem Friedhof. Langsam schritt sie durch die Gräberreihen und suchte. Reihe auf, Reihe ab, ohne Erfolg. Nun war sie bei den Steinen angelangt, die die Jahreszahl 18.. trugen Harald Lang war nicht darunter. Sinten beim

beitrag festgesetzt werden mußte. Das ist nicht der Fall. Entscheidend ist der errechnete Durchschnittsbeitrag. Bekanntlich wird nach § 11 Absatz 4 nach dem seit dem 1. Januar 1924 geleisteten Hauptkassenbeiträgen berechnet. Leistete während dieser Zeit ein Mitglied in verschiedenen Klassen Beiträge, so wird der aus dieser Beitragsleistung errechnete Durchschnittsbeitrag in Anlehnung an die bestehenden Beitragsklassen als Grundlage zur Festsetzung der Unterstützung genommen.

Ein Beispiel: Kollege N. N. ist am 1. 7. 90 dem Verbandsbeitreten und stellt einen Antrag auf Invalidenunterstützung. An Beiträgen hat er geleistet:

vom 1. 1. 24 bis 30. 9. 28 200 Beiträge im Werte von M 110,25
abzüglich 20 Prozent Lokalgeld „ 22,05

Weibchen M 88,20

vom 1. 10. 28 bis 31. 12. 29 26 Beiträge à 65 S „ 16,90

Zusammen 226 Beiträge im Werte von M 105,10

Da vom 1. 1. 24 bis 31. 12. 29 bei regelmäßiger Beitragsleistung 312 Wochenbeiträge geleistet sein müßten, wird die Gesamtsumme von 105,10 M durch 312 Wochen geteilt, um den Durchschnittsbeitrag zu errechnen. Also $105,10 M : 312 = 33,7 S$ Durchschnittsbeitrag.

Vom Eintritt 1. 7. 90 bis 31. 12. 29 sind dem Kollegen N. N. insgesamt 1901 Hauptkassenbeiträge angerechnet worden. Er fällt somit nach § 11 Absatz 6 unseres Verbandsstatuts in die Stufe: Nach 1820 Beitragswochen bei einem Hauptkassenbeitrag von 85 S . Seine monatliche Unterstützung wird auf 7 M festgesetzt.

Bei dieser Berechnung ist zu beachten, daß vom Eintritt bis Ende 1923 vom Verbandsvorstande generell 50 Beiträge pro Jahr in Anrechnung gebracht werden. Hierzu werden die tatsächlich geleisteten Hauptkassenbeiträge ab 1. 1. 24 bis zum Tage der Antragstellung gezählt, wonach die Höhe der Unterstützung bekanntlich errechnet wird. Ferner ist zu beachten, daß von den Beiträgen ab 1. 1. 24 bis 30. 9. 28 für Lokalgelde 20 Prozent abgezogen werden, weil diese 20 Prozent seinerzeit in den Lokalkassen verblieben sind. Das Abrechnen dieser 20 Prozent Lokalgelde drückt natürlich den Gesamtbetrag, der sich aus der Gesamtbeitragsleistung ab 1. 1. 24 ergibt, bedeutend herunter. Das wird von den meisten Mitgliedern nicht beachtet und daher auch oft die Enttäuschung, wenn sie einen niedrigeren Unterstützungssatz erhalten, als sie angenommen haben. Es liegt nun an unseren Funktionären, überall dort einzugreifen, wo speziell über unsere Berechnung noch Unklarheiten vorhanden sein sollten. Zugegeben sei, daß sich durch diesen Berechnungsmodus bestimmte Härten ergeben können, und das trifft öfter bei gewissen Grenzfällen zu. Aber dadurch, daß für die Mitglieder die Möglichkeit besteht, ihre Beiträge weiterzuzahlen, werden viele

Härten wieder ausgeglichen. Durch die Weiterzahlung der Verbandsbeiträge in der bisherigen Klasse kann die Unterstützung sich erhöhen, weil jedes Jahr der Durchschnittsbeitrag neu errechnet und die Unterstützung ja nach dem Steigen der Beitragsleistung und des Durchschnittsbeitrages erneut festgesetzt wird. Für diejenigen allerdings, die schwarze Marken kleben, ändert sich der einmal festgesetzte Unterstützungssatz weiter nicht. Wie dem auch immer sei, letzten Endes muß auch bei der Berechnung der Invalidenunterstützung irgendwo eine Grenze sein.

Im übrigen sind alle angeführten Zahlen sehr interessant. Die Tatsache allein schon, daß momentan noch die männlichen Mitglieder bei der Inanspruchnahme der Invalidenunterstützung vorherrschend sind. In Zukunft wird sich dieses Bild unbedingt gleich dem Verhältnis innerhalb der Mitgliederbewegung entsprechend verschieben müssen. Es wird sich aber auch schon in einigen Jahren zeigen, daß es richtig war, als bei Einführung der Invalidenunterstützung Vorsicht geboten und deshalb bescheiden mit dieser neuen Unterstützung begonnen wurde. Der weitere Ausbau der Invalidenunterstützung wird auch fernerhin Schritt für Schritt vor sich gehen müssen. Jedenfalls ist aber festzustellen, daß unsere alten Mitglieder, die heute schon in den Genuß der Invalidenunterstützung kommen, mit Freuden diese Einrichtung trotz ihrer Bescheidenheit begrüßen. Nach wie vor bleibt es jedoch unsere Hauptaufgabe, durch Erringung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen unseren Mitgliedern bessere Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. Daneben müssen wir aber auch die sozialen Unterstützungseinrichtungen innerhalb unseres Verbandes ausbauen, denn sie haben bis heute erwiesen, daß ihnen eine starke Werkkraft innewohnt.

Die Schlagkraft des Verbandes wird stärker werden, weil noch Abseitsstehende durch gute Unterstützungseinrichtungen zur Organisation herangezogen werden. Auch die Invalidenunterstützung wird diesem Ziel zustreben, sie soll nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein. Andererseits ist es aber auch unsere Pflicht, die Not unserer alten und invaliden Mitglieder lindern zu helfen. Die staatlichen Unterstützungen sind allzu kläglich, so daß wir einen Zuschuß leisten müssen. Solidarische Selbsthilfe ist also auch der Zweck unserer Invalidenunterstützung.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß sich unsere Invalidenunterstützung für unsere Mitglieder sowie auch für den Verband segensreich auswirkt. Eine gewisse Stabilität innerhalb der Mitgliederbewegung wird bestimmt eintreten. Heute schon merken wir, daß viele Mitglieder mehr als bisher Wert auf ein ordnungsgemäßes Mitgliedsbuch legen. Das wird immer mehr zur Regel werden. Es liegt aber auch ein großer erzieherischer Wert in der Invalidenunterstützung, denn viele Mitglieder sehen immer mehr ein, daß die Höhe des wöchentlichen Verbandsbeitrages eine große Rolle spielt.

Geräteschuppen stand der Totengräber. Höflich zog er die Mütze ab, als die vornehme Dame vor ihm stand.

„Lang? — Harald Lang? — warten Sie mal — damit führte er Ragnhild zu Friedrich Wilhelm Langs Grab. Mit dicken, goldenen Buchstaben war sein Name in den schwarzen Marmor gemeißelt. Ein Eisengitter umfaßte zwei Gräber.

„Hier ruht Friedrich Wilhelm Lang und hier — ruht da sein Sohn?“

„Sein Sohn — nein!“ —

„Dann wohl Frau Lang?“

„Nein! — Frau Lang lebt noch! Hier ist ihre Grabstelle.“

Frau Lang lebt noch?“ Ragnhilds Stimme erzitterte vor verhaltener Freude.

„Ja, sie lebt noch, aber recht lange wird sie's wohl nicht mehr aushalten, na, das ist ja auch ein Segen.“

„Ist die Dame sehr leidend?“

„Nein, das gerade nicht! Sie soll aber sehr schwach sein, und so'n bißchen wunderlich. Das ist aber wirklich kein Wunder, das kann man schon werden. Sie soll es gar nicht so leicht haben bei der Schwiegertochter!“

„Ist denn der Sohn nicht bei ihr, um ihr beizustehen?“

„Nein, der lebt schon seit Jahren von seiner Frau getrennt. Er war ja wohl ein Leichtfuß, wie man hört. Na, und die Frau läßt nun ihren Groll an der alten Frau aus.“

Der Mann war ordentlich geprächig geworden.

„Ja, ja, der gute alte Lang, er glaubte das Schicksal nach seinem Willen kneten zu können, aber es kam anders!“

„Er hatte aber doch zwei Söhne!“ sagte Ragnhild mit klopfendem Herzen. „Es ist der Jüngste, den ich hier suche!“

„Um — so — ja. — Der ist schon lange tot — damals war ich noch nicht hier im Amt, man hat mir aber erzählt von ihm, es soll ein hübscher, begabter Mensch gewesen sein — er war wohl dem Alten davongelaufen, und dann ganz jung noch in der Fremde gestorben. Er wurde wohl hier begraben. Die Mutter soll seit der Zeit nicht mehr ganz richtig sein!“ —

„Ist ihr Geist umnachtet?“ fragte Ragnhild.

„Nein, ach nein! Sie hat aber nur für das Interesse, was mit ihrem Jüngsten zusammenhängt. Stundenlang soll sie sich mit ihm unterhalten, als wenn er bei ihr säße. Seine Kindersäckchen hat sie dann auf dem Tische ausgebreitet — damit spielt sie!“

„Können Sie mir nicht die Ruhestätte jenes toten jungen Mannes zeigen?“ unterbrach ihn Ragnhild.

„Sein Grab — hm!“ — Der Mann kratzte sich verlegen in den Haaren. „Liegt Ihnen sehr viel daran, es zu sehen?“

„Ja, sehr viel!“

„Dann tun Sie mir leid, sehr leid! Wären Sie nur vor einigen Jahren gekommen!“

„Warum denn?“ fragte Ragnhild verwundert.

„Weil das Grab nicht mehr vorhanden ist!“

„Das Grab nicht mehr — vorhanden?“

„Nein, sehen Sie — es war ja schon vor fünf, sechs Jahren verfallen, ich hab's aber gehalten, der alten Mutter zuliebe. Sie kam nämlich täglich und saß stundenlang auf der kleinen Bank. Na, und wie ich nun nicht länger warten konnte — ja — wie das so geht — die Schwiegertochter wollte die Grabstelle nicht von neuem ankaufen. Sie ist der Geizteufel selber. — Na, und die alte Frau — die hatte ja nichts. Der zählten sie sogar die Brotschnitten vor — und schließlich — Befehl ist Befehl. — So verfiel das Grab.“

„Aber es ist doch noch da?“ Ragnhild war aschfal geworden.

Alles in allem, an unseren Mitgliedern liegt es nun, aus der Invalidenunterstützung eine Unterstützungseinrichtung zu schaffen, die auch in jeder Weise den Wünschen und Anforderungen unserer gesamten Mitgliedschaft gerecht wird.

S. Träbing (Bremen).

Der IOB. in den Jahren 1927-29

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat seinen Tätigkeitsbericht über die Jahre 1927, 1928 und 1929 herausgegeben, den er dem Fünften Internationalen Gewerkschaftskongress zu Stockholm vorlegt. Dem Bericht sind solche der dem IOB. angeschlossenen Landeszentralen wie die der Internationalen Berufssekretariate beigelegt. Worauf geht die Feststellung, daß die Wirtschaftslage in der letzten Zeit sich bedeutend verschlechtert hat und leider noch keine Anzeichen einer Besserung zu verzeichnen sind. Die nationale und internationale Kartellierung und Vertrustung macht immer größere Fortschritte, ohne jedoch auf die Preisgestaltung einen günstigen Einfluß — im Sinne der Konsumenten — auszuüben. Die auf die Weltwirtschaftskonferenz gesetzten Erwartungen haben sich nicht erfüllt, die Schutzollmauern haben sich sogar in vielen Fällen erhöht.

Doch trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Mitgliederzahl des IOB. gestiegen. Insbesondere haben die Landeszentralen in Deutschland und in Schweden eine ansehnliche Erhöhung ihrer Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Dem IOB. haben sich drei Landeszentralen neu angeschlossen, und zwar der Griechische Gewerkschaftsbund, die Estländische Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterverband für Südamerika.

Der Einfluß der Kommunisten in der freien Gewerkschaftsbewegung ist so gut wie ganz ausgeschaltet. Die kriegshegerischen und reaktionären Bestrebungen in den einzelnen Ländern hat der IOB. stets aufmerksam verfolgt und auf ihre Gefahren hingewiesen. Auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung war er bemüht, die Tätigkeit der Arbeitergruppen beim Internationalen Arbeitsamt durch Vorbereitungsarbeiten für die Internationalen Arbeitskonferenzen zu fördern, und auch in der Tätigkeit der Vertrauensleute der Gewerkschaften im Verwaltungsrat des I.A. zeigt sich seine Wirksamkeit.

Seine größte Aufmerksamkeit widmete der IOB. den Wirtschaftsfragen. Der Stockholmer Kongress soll ein eigenes, seit längerer Zeit vorbereitetes Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaftsinternationale aufstellen. Mit den Bildungs- und Jugendfragen wie mit den Arbeiterinnenfragen befaßten sich spezielle Komitees. Eifrig propagiert wurde die Forderung auf bezahlten Urlaub. Erwähnt sei noch die große Zahl der vom IOB. durchgeführten Erhebungen. Die Presseberichte des IOB. werden in sechs Sprachen herausgegeben, die Monatschrift in drei Sprachen. In einem neuen statistischen Jahrbuch wurden ausführliche Informationen über die Struktur der nationalen und

internationalen Gewerkschaftsbewegung vermittelt, und im Rahmen der „Internationalen Gewerkschaftsbibliothek“ sowie als gesonderte Veröffentlichungen erschienen einige wichtige Arbeiten auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung.

Der Tätigkeitsbericht zeigt, daß der IOB. im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten nach besten Kräften auf allen die Interessen der internationalen Arbeiterchaft berührenden Gebieten erfolgreich gewirkt hat.

Im 1. Abschnitt des Berichts wird die Zusammenfassung des Vorstandes und des Ausschusses behandelt und deren Sitzungen und schließlich das Sekretariat des Bundes. Im Hinblick auf eine Verlegung des Sitzes des IOB. hat er sein Haus an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands verkauft. Am Jahresende 1929 umfaßte der Internationale Gewerkschaftsbund 27 gewerkschaftliche Landesorganisationen mit insgesamt 13 800 567 Mitgliedern. Mit Ausnahme der Landeszentralen in Afrika und Argentinien war die Zusammenarbeit des IOB. mit den Landeszentralen harmonisch. Eine Reihe finanziell schwacher Landeszentralen wurde mit insgesamt rund 10 000 Gulden unterstützt. In Luxemburg besteht ein Drittel der beschäftigten Arbeiter aus Ausländern. Eine Bierländerkonferenz in Luxemburg Anfang 1929 befaßte sich mit der unter diesen Verhältnissen besonders schwierigen gewerkschaftlichen Organisation. Eine besondere Kommission bemüht sich darum, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Der 2. Abschnitt des Berichts betrifft die Veröffentlichungen des IOB. und seine Bibliothek. Den Internationalen Berufssekretariaten gilt der 3. Abschnitt. Die Zahl der Berufssekretariate betrug Ende 1929, nach Neuaufnahme der Internationalen der Lehrer, 27 mit insgesamt 13 669 222 Mitgliedern. Von den Berufssekretariaten haben 10 ihren Sitz in Deutschland, davon sieben in Berlin, sieben haben ihren Sitz in Amsterdam, drei in Bern, zwei in Zürich und je eines in Antwerpen, Brüssel, Paris, London und Wien.

Die Beziehungen mit den nicht angeschlossenen Organisationen werden im 4. Abschnitt eingehend erörtert. Der 5. ziemlich kurze Abschnitt gilt dem Gegensatz Amsterdam — Moskau, der 6. dem Kapitel Krieg und Reaktion, der 7. der Sozialgesetzgebung, der 8. den Wirtschaftsfragen und die übrigen drei der Jugend- und Bildungsarbeit, den Arbeiterinnenfragen und dem Finanzbericht. Dem damit auf 126 Seiten abschließenden Bericht des IOB. folgen auf 72 Seiten die Berichte der angeschlossenen Landeszentralen und auf weiteren 53 Seiten die Berichte der Internationalen Berufssekretariate.

Kurzum, der 255 Seiten starke Tätigkeitsbericht enthält eine Fülle von Material, dessen Studium jedem Gewerkschaftsmitglied ein anschauliches Bild über die internationale Gewerkschaftsbewegung als Ganzes wie über die Bewegung in den einzelnen Ländern und Berufsgruppen vermittelt.

„Nein, es ist eben nicht mehr da. Ich hab's auswerfen müssen, vor zwei Jahren. Eine Ortsarme, Henriette Landershausen, liegt jetzt drin. Die alte Frau brachte mir jeden Sparsfennig, ich sollte ihn aufheben für ihre Grabstelle. Sie wollte absolut auf diesem Friedhofe, wo alle ihre Kinder ruhen, begraben werden. Wir haben ja sonst den neuen Friedhof, draußen an der Landstraße. Hier werden nur noch die neuangekauften Familiengrabstätten belegt.“

„Wollen Sie mich nach der Grabstätte jener alten Frau Landershausen führen?“ bat Ragnhild tonlos.

„Gern, gern, kannten Sie die alte Frau?“

„Ja, es ist sicher die, die damals zu den Herrschaften waschen ting!“

„Ganz recht! Sie war eine fleißige Frau. Sie wusch solange es eben gehen wollte; auch für Frau Lang!“

Ragnhild folgte dem Mann durch die langen Gräberreihen, fast bis ans andere Ende des Friedhofes.

„So, hier ist es! Hier liegt die alte Landershausen!“

Ragnhild stand vor einem schmucklosen Hügel. Keine Blumen, kein Stein oder Kreuz war darauf — nichts! Nur kalte, schwarze Erde mit einer dünnen Schneeschicht darüber. Die Bank aber, auf der Frau Lang so oft gefessen, die war noch da. Recht wacker und altersschwach war sie geworden!

„Wie nahm es die Mutter auf, als sie das Grab ihres Sohnes nicht mehr vorfand?“

„Davon weiß sie Gott sei Dank nichts mehr. Sie geht ja seit Jahren nicht mehr aus, weil sie allein nicht mehr so weit gehen kann und sie niemanden hat, der die alte Frau hinbringen will.“

„Wenn es nun aber doch geschähe!“

Der Mann fuhr sich verlegen durch die Haare. „Ja, das wäre mir allerdings fatal, die arme Frau würde mir furchtbar leid

tun. Ich habe es auch nicht übers Herz bringen können, den Stein anderweitig zu verwerten, obwohl es mir nach der Friedhofsordnung gestattet ist, darüber zu verfügen.“

Sie horchte auf: „Der Grabstein ist noch da?“

„Ja! Eine schlichte Marmorplatte ist's, sie liegt dort hinten im Schuppen.“

Ragnhild mußte sich setzen. Ihre Knie zitterten. „Als Sie das Grab auswarfen — war da — Sie verstehen mich wohl — war da — alles schon zu Erde geworden?“ brachte sie mühsam hervor.

„Ich verstehe vollkommen, aber so etwas ist doch nichts für Damen — unsereins ist schon dran gewöhnt, was man da so mitunter in die Finger kriegt —“ Der Totengräber zog eine Grimasse und spuckte aus.

„Ich bitte Sie, sagen Sie es mir, was blieb von Harald Lang zurück? Fürchten Sie nichts, ich kann es schon hören. Ich bin nur ein wenig angestrengt von der langen Reise — darum mußte ich mich setzen!“ — — —

„Kommen Sie von weit her?“

„Ja!“

„Um jenes Grab aufzusuchen?“

„Ja!“

„Na so — ja dann — so'n paar Knochen waren noch drin — vor allem war da der Schädel noch sehr gut erhalten.“ — — —

„Und Sie warfen ihn fort?“

„Nein! Ich begrub ihn wieder mit. Er liegt oben an dem Sarge der alten Landershausen.“

Nun überfiel Ragnhild doch eine kleine Schwäche.

Erschrocken lief der Mann zum Geräteschuppen. Dort hatte er noch seinen Nordhauser Schnaps stehen.

Freizeit ist gewerkschaftliches Kampfziel

Die Deutsche Turnerschaft ist anderer Meinung. Ein Artikel in der „Deutschen Turnzeitung“ schließt mit der auch von uns vertretenen Forderung, daß die Aufnahme des Freizeitgedankens eines der wesentlichsten Merkmale unserer Zeit sei. Eine jährliche Freizeit für die Jugend sei gesundheitlich und geistig notwendig und wirtschaftlich tragbar. Das ist alles sehr schön; aber dann kommt ein für uns unverständlicher Satz: „Die Freizeit ist kein gewerkschaftliches Kampfziel.“

Der Verfasser des Artikels und die „Deutsche Turnzeitung“ glauben also, daß es nur des Wunsches nach Freizeit bedürfe und dazu noch der Feststellung, daß sie wirtschaftlich tragbar sei, um Industrie und Wirtschaft zu veranlassen, dem Arbeitnehmer diese Freizeit auch zu gewähren. Wo leben diese Leute eigentlich? Sie müßten doch wissen, daß die heutige Freizeit nicht auf den besonderen Wunsch der danach verlangenden Jugendlichen erreicht wurde, sondern als Folge jahrzehntelanger Kämpfe auf gewerkschaftlichem Gebiet. Seit wann gibt der Unternehmer etwas freiwillig zu, wann nimmt er, ohne gezwungen zu sein, Rücksicht auf die gesundheitlichen und geistigen Notwendigkeiten der bei ihm Beschäftigten? Das glauben sogar die Kreise der Deutschen Turnerschaft nicht mehr, aber von den Lesern ihres Zentralorgans sehen sie anscheinend nicht so viel Kenntnisse der Wirklichkeit voraus. Bemüht und absichtlich unterschlagen sie ihren Mitgliedern die Verdienste der Gewerkschaften — aus „Neutralität“!

Immer wieder Steigerung der Betriebsunfälle

Die Betriebsunfälle steigen immer mehr und mehr. Es ist noch gar nicht voranzusehen, wann einmal der Zustand eintritt, daß die gewerbliche Arbeit weniger gefahrdrohend ist. Von Jahr zu Jahr wächst die Zahl derjenigen, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit ihre gesunden Glieder lassen müssen. Es scheint, daß die zunehmende Mechanisierung der Produktion zur Steigerung der Unfallziffer sehr viel beigetragen hat. Der Jahresbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg enthält zu dem Thema Betriebsunfälle sehr eindringlich wirkendes Material. In dem offiziellen Mitteilungsblatt des Ortsausschusses Hamburg des A.O.G.B. lesen wir hierüber folgendes:

Besondere Beachtung beanspruchen die mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Betriebsunfälle. Die Zahl derselben beträgt in den letzten Jahren:

1924.....	5 874	1927.....	16 351
1925.....	8 864	1928.....	17 518
1926.....	12 225	1929.....	18 533

Ragnhild raffte sich gewaltsam auf. Dann starrte sie auf den Hügel. Ein Lächeln irrte um ihren Mund. Die Landershausen, die alte Waschfrau — von der ihr Frau Lang so oft erzählt hatte. Zu der Harald geflüchtet war, wenn ihn die Mutter schalt oder der Vater ihn gar geschlagen hatte. Wie oft hatte er suchend sich in den weiten Falten ihres Rockes versteckt, wie oft seinen Lockenkopf in ihren Schoß gelegt und seinen Kummer ausgemeint. Und nun lag die gute Alte in seinem Grab und hatte den Schädel ihres Lieblinges doch wieder in ihrem Schoß ruhen.

„So Madamchen! Da nehmen Sie nur einen ordentlichen Schluck.“ Ragnhild lächelte. „Ich danke Ihnen, mir ist ganz wohl. Es ist alles wieder vorüber. Doch hören Sie — den Stein haben Sie noch?“

„Ja!“

„Wie war Harald Langs Grab einst?“

„Es war ganz mit Efeu überwuchert!“

„Den Stein werden Sie also wieder aufsetzen. Natürlich bezahle ich alles.“

„Mach' ich, mach' ich alles, wie Sie wünschen!“

„Läßt es sich machen, daß das Grab in einigen Tagen mit Efeu bedeckt ist? — Ich meine —“

„hm — ich verstehe, das ist so 'ne Sache!“ — — —

„Man macht neue Möbel antik, versteht sie mit Wurmlöchern, läßt sich da nicht auch ein neues Grab in ein altes verwandeln? Es ist zwar ein frommer Betrug und schadet niemanden. Der Kostenpunkt spielt keine Rolle. Sie werden es nicht zu bereuen haben, wenn Sie Ihre Sache gut machen.“

Der Mann horchte auf. Henriette Landershausen hatte keine Angehörige, es kümmerte sich niemand um das Grab. Das einzige — der Stein — hm —

Idolisch verlesenen 96 Unfälle. Vermehrte Betriebskontrolle kann immer nur bei der gerabezu beängstigenden Steigerung der Unfallziffern gefordert werden. Die weitere Vervollkommnung in der Mechanisierung fordert sehr oft unverantwortlich Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer. Neben vermehrter Betriebskontrolle sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, entsprechend der veränderten Struktur der Betriebe, den modernen maschinellen Einrichtungen angepasste Schutzvorschriften zu erlassen. Wichtig ist, daß von der Gesamtzahl der Betriebsunfälle bei 11 831 Fällen vor Ablauf der dritten Woche die Arbeitsfähigkeit wieder vorhanden war. Bei 85,57 Prozent der Betriebsunfälle war die Arbeitsfähigkeit bis zum Ablauf der achten Woche hergestellt. Die gesamten Kosten der Arbeitsunfähigkeit für diese Unfälle trägt die Krankenkasse, während nur 14,43 Prozent der Gesamtfälle zu Lasten der Berufsgenossenschaften gehen. Die Arbeitgeber können also nicht behaupten, daß sie allein die Lasten aus der Unfallgefahr des Betriebes tragen, ein großer Teil des Risikos geht zu Lasten der Krankenversicherung, wird also von den Arbeitnehmern selbst getragen. Die gleichberechtigte Mitbestimmung in der Unfallversicherung darf den Arbeitnehmern deshalb nicht länger verlagert bleiben.“

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß die Krankenkassen den größten Teil der Kosten der Betriebsunfälle zu tragen haben. Besonders unterstreichen möchten wir den letzten Satz des Zitats. In der Unfallversicherung muß recht bald eine Aenderung erfolgen und den Arbeitern bzw. den Gewerkschaften ein Einfluß eingeräumt werden.

Beitrags hinterziehungen bei der Sozialversicherung

Es gibt Unternehmer, die so gewissenlos sind, die Beiträge für die Sozialversicherung einfach nicht abzuführen oder für sich zu verwenden. Nach der Reichskriminalstatistik erfolgten 1925 wegen derartiger Vergehen 747 Verurteilungen. Im Jahre 1927 waren sogar 317 Verurteilungen notwendig. Wenn das so weitergeht, dann können die Sozialversicherungszweige ernsthaft in Gefahr kommen. Aus diesem Grunde hat der preussische Justizminister eine Verfügung erlassen, wonach diesen Vergehen erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Der Minister er sucht die Strafverfolgungsbehörden, bei ihren Anträgen zum Strafmaß auf die Höhe der vorenthaltenen Beträge Gewicht zu legen und den Umfang des dem Versicherungsträger zugefügten Schadens zu beachten, der diesem daraus erwächst, daß er seine Leistungspflichten erfüllt, dabei aber in Gefahr kommt, seine Rechte zu verlieren. — Diese Aufmerksamkeit der Behörden gegenüber den gewissenlosen Beitrags hinterziehern ist zu begrüßen.

„Sie dürfen später ja gerne den Namen der Toten in diesem Steine verewigen. Ja, ich wünsche es sogar, wenn nur Frau Lang nichts dagegen hat — — —!“

„hm, ja, aber ich verstehe wirklich nicht, wo die alte Frau Lang doch nie mehr ausgeht — — —?“

„Ich glaube gern, daß Ihnen die Sache rätselhaft vorkommt. Darum will ich Ihnen alles sagen.“ Ragnhild atmete schwer. — „Der Tote, dem man sein Fleckchen Erde nicht gönnte, hinterließ einen Sohn!“

„Einen Sohn — — —?“

„Ja, dieser Sohn ist von äußerst feinem Empfinden, ein großer Künstler, wie sein Vater einer geworden wäre, eine sensible Natur — — —“

„Ich verstehe!“

„Nun kommt dieser Sohn von weit her, um nach vielen Jahren das Grab seines Vaters zu sehen. Wollten Sie diesem jungen Menschen die Wahrheit sagen?“

„Bei Gott — nein — das wollte ich nicht!“

„Ich kann es noch weniger, denn dieser junge Mann ist auch mein Sohn!“

„Ihr Sohn der Sohn des Toten?!“

„So ist es!“

Ehrfürchtig zog der Mann seine Mütze, die er während des Gesprächs wieder aufgesetzt hatte: „Madame — Ihr Sohn wird das Grab so finden, wie es gewesen ist. Vielleicht ist der Himmel uns so gnädig und legt noch eine dünne Schneeschicht darüber, dann ist eine Entdeckung ausgeschlossen.“

„Ich danke Ihnen!“ sagte Ragnhild und drückte seine schwie lige Hand. Dann verließ sie langsam, fast schwankend, den Friedhof.

(Fortsetzung folgt.)